

570864-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Technische Beratung und Konstruktionsberatung – Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §§ 53, Anlagengruppen 1 - 5, Lph 2 - 9

OJ S 167/2025 02/09/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

E-Mail: vergabestelle@spsg.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Freizeit, Sport, Kultur und Religion

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §§ 53, Anlagengruppen 1 - 5, Lph 2 - 9

Beschreibung: Das Havelhaus (BGF rd. 300 m²) mit Kuhstall (rd. 193 m²) liegt in Potsdam, im südwestlichen Teil des Parks Babelsberg (UNESCO Welterbe "Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin"). Die 2-geschossige Turm-Villa (Reinhold Persius, 27.08.1835 - 12.12.1912) im neugotischen Stil und das dazugehörige Stallgebäude wurden 1883 fertig gestellt. Das vorherige Gebäude war abgebrannt, die Ruine wurde in die Villa integriert.

Gegenstand dieses Vergabeverfahrens ist die Vergabe der Planungsleistungen gem. HOAI §§ 52 ff, KG 410 - LP 2 bis 8 für die Technische Ausrüstung zur Umbau- und Modernisierungsmaßnahme des Havelhauses inkl. dazugehörigem Stallgebäude (vgl. Abschnitt 5.1). Als Budget stehen für die Gesamtbaumaßnahme 4,1 Mio. EUR brutto zur Verfügung. Die vorläufig geschätzten Baukosten der Kostengruppen 300 betragen rd. 1,79 Mio. EUR brutto, die Kostengruppen 400 - AGr 1 - 5 rd. 0,52 Mio. EUR. Die Beauftragung soll bis 09/2025 erfolgen, die Baudurchführung (LP 8) im Zeitraum 08/2027-06/2030; Übergabe nach Abschnitt H RBBau: bis 07/2030.

Kennung des Verfahrens: 441dd8e4-0745-4699-b3ff-525cc5e312c5

Interne Kennung: 2253135

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Havelhaus im Park Babelsberg

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14480

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXURYDYDTLEH4KED Unter <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/company/welcome.do> können Vergabeunterlagen kostenlos angefordert und heruntergeladen und Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Zum Download der Unterlagen wird keine zusätzliche Software benötigt. Die Beantwortung von Bieteranfragen sowie sämtliche Kommunikation zwischen Bietern und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o.g. Vergabeportal. Fragen und Anmerkungen zu den Vergabeunterlagen sind über die Kommunikationsebene der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Frist zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen auf der Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. Die Bewerber sind verpflichtet, sich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf der in dieser Bekanntmachung genannten Vergabeplattform/Homepage zu informieren, ob sich Erläuterungen, Konkretisierungen oder Änderungen in den Vergabeunterlagen ergeben haben. Je Bieter ist nur ein Angebot zulässig. Mehrfachangebote führe zum Ausschluss vom Verfahren. Als Mehrfachangebote gelten auch mehrere Angebote von Einzelpersonen innerhalb verschiedener Bietergemeinschaften.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Betrug: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Korruption: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Zahlungsunfähigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) §§ 123, 124 regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. HOAI §§ 53, Anlagengruppen 1 - 5, Lph 2 - 9

Beschreibung: Das Havelhaus (Entwurf Reinhold Persius (27.08.1835 - 12.12.1912) steht im südwestlichen Teil des Parks Babelsberg, Teil des UNESCO Welterbes "Schlösser und Parks von Potsdam und Berlin". Das Ensemble aus einer 2-geschossige Villa im neugotischen Stil und einem dazugehörigen Stallgebäude wurde 1883 fertiggestellt. Es entstand auf der Fläche eines abgebrannten Gebäudes, die Ruine wurde in die Turmvilla integriert. Havelhaus, Stallgebäude und die dazugehörigen Freiflächen befinden sich im Eigentum der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin- Brandenburg (SPSG). Schloss- und Parkanlage Babelsberg stehen mit allen baulichen, gärtnerischen, technischen Anlagen und Einfriedungen

unter Denkmalschutz (Denkmalliste des Landes Brandenburg (MIDAS-Obj.Nr. 09156104); *** Seit 2016 stehen das Havelhaus und der ehemalige Kuhstall leer. Leerstand und Instandsetzungsrückstau der letzten Jahrzehnte führten dazu, dass derzeit keine Vermietung möglich ist. Der Innenausbau ist desolat und die haustechnische Ausstattung entspricht nicht dem Stand der Technik und den aktuellen Anforderungen, dies betrifft insbesondere auch den Brandschutz. Darüber hinaus ist das Havelhaus mit Holzschutzmitteln kontaminiert. Teile des Gebäudes, inkl. Dachgeschoss, sind deshalb derzeit nicht nutzbar. Ein Gutachten zum Umfang der Schadstoffbelastung liegt voraussichtlich bis zur Beauftragung vor. *** Ziel der Maßnahme ist neben dem denkmalgerechten Umbau und der technischen Modernisierung des Havelhauses und des ehemaligen Kuhstalls die Aufwertung des südwestlichen Parkeingangs mit neuer Wegeführung in den Park. *** Das Havelhaus soll künftig im Hochparterre und 1. OG als Wohngebäude mit voraussichtlich - in Abhängigkeit von der bauordnungsrechtlich nutzbaren Wohnfläche - 3 Wohneinheiten genutzt werden. Im Souterrain und im Stallgebäude kann die Basisstation für ein Coffeebike eingerichtet werden. Hausanschluss und Haustechnik sind im Souterrain vorzusehen. Der Stall soll als Kalt-Lager / Lapidarium für Spolien dienen. Der Hof zwischen den Gebäuden soll als Besucherempfang mit Bänken, Schautafeln, Übersichtsplänen und digitalen Angeboten ausgestattet werden. *** Bei der Maßnahme handelt es sich nicht um einen Umbau im Sinne des §56 HOAI. Es sind keine Bestandsanlagen der Technischen Ausrüstung anzuschließen bzw. wieder zu verwenden. Es sind vollständig neue Technische Anlagen vorzusehen. Für neu errichtete Anlagenteile erfolgt eine Vorgabe der Anschlusswerte gemäß den Bestandsdokumentationen. Vorgesehen sind die Erneuerung der technischen Ausrüstung für die geplante Wohnungsnutzung, Installationen zur Betreibung eines Coffebikes, Modernisierung der Elektroanlage im ehemaligen Kuhstall (Nutzung als zukünftiges Lapidarium), Ertüchtigung des vorhandenen Gasanschlusses nach Erfordernis, Erneuerung der Blitzschutzanlage im Dachbereich sowie im Bereich der Fassaden, Überprüfung und ggf. Ertüchtigung des umlaufenden Ringerders, Überprüfung des möglichen Einsatzes einer PV-Anlage. Der Einsatz von alternativen/regenerativen Heizsystemen ist zu prüfen. Weiterführende Angaben sind in "250703_Aufgabenstellung-Fachplanung Technische Ausrüstung" nachzulesen. *** Die Integration der zu erneuernden Technischen Anlagen in die historische Bausubstanz muss unter Berücksichtigung des maximal möglichen Substanzerhalts erfolgen. Deshalb sind die Abstimmungsergebnisse (bspw. zu notwendigen Bauteildurchdringungen) mit der Objektplanung zwingend frühzeitig in die Planung zu integrieren. Bei der Umbau- und Modernisierungsmaßnahme sind in besonderem Maß die Belange des baulichen Denkmalschutzes zu beachten. Alle Maßnahmen sind im Vorfeld der Ausführung und im Fortschritt der einzelnen Planungsschritte mit der SPSPG als Untere Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesdenkmalamt als Denkmalfachbehörde abzustimmen. *** Gegenstand dieses VgV-Verfahrens ist die Vergabe der Planungsleistungen gem. HOAI §§ 53, Anlagengruppen 1 - 5, Lph 2 - 9; siehe Anlage VM 3-2 - spezifische Leistungspflichten. Der Leistungsumfang entspricht den Stufen 1 bis 5 Leistungen des RBBau-Mustervertrags Tragwerksplanung. *** Bauwerkskosten geschätzt brutto: KGr 300 ca. 1,79 Mio.EUR, KG 400 für Ing-Bau rd. 0,52 Mio. EUR Mio EUR / HOAI 2021: Honorarzone gem. §51: III; Honorarsatz nach Einschätzung des Bieters; mitzuverarbeitende Bausubstanz (mvB) gem. § 4 (3): 0 EUR; Umbau- und Modernisierungszuschlag gem. § 36(1): 0 EUR (s. HAV_VgV_Aufgabenstellung-Technische Ausrüstung_20250522); *** Voraussichtl. zeitl. Ablauf: Beauftragung bis 08/2025, Planung Lph 2: 08/2025 - 02/2026 / Lph 3+4: 03/2026 - 07/2027 / Lph 5-7: 08/2027 - 11/2028 / Baudurchführung (Lph 8): 08/2027 - 06/2030 / Übergabe nach Abschnitt H RBBau: bis 07 /2030. Gesamtbauzeit einschl. Außenanlagen rd. 5 Jahre. Die Vergabe erfolgt stufenweise

nach RBBau (s. Ziff. II.2.11). *** Die Leistungen der Planung der Ingenieurbauwerke (Medienerschließung), der Objektplanung, der Tragwerkplanung, Freianlagenplanung werden in separaten Vergabeverfahren vergeben.

Interne Kennung: 2253135

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71310000 Technische Beratung und Konstruktionsberatung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber beabsichtigt die Beauftragung bzw. den Abruf aller Stufen. Der Abruf der Leistungsstufen, die der Auftraggeber mit dem Vertrag Tragwerksplanung vereinbart, steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass der Auftraggeber sie schriftlich abrufen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Leistungen der weiteren Leistungsstufen zu erbringen, wenn der Auftraggeber sie ihm überträgt. Alles Weitere regelt § 4 des Vertrags Tragwerksplanung. Die stufenweise Beauftragung bedeutet, dass der Auftraggeber zunächst nur bestimmte Leistungsphasen oder Teile der Leistung beauftragt und sich vorbehält, weitere Stufen zu einem späteren Zeitpunkt zu beauftragen. Angedacht ist eine vorgezogene Schadstoffsanierung, deren Grundlage die Ergebnisse der Schadstoffuntersuchung bilden.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Havelhaus im Park Babelsberg

Stadt: Potsdam

Postleitzahl: 14480

Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Laufzeit: 60 Monate

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt ganz oder teilweise aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Sonstige Eignungsbedingungen (Mit dem Angebot;

Mittels Eigenerklärung): Kriterien / Wertungsmatrix (siehe Formblatt Kriterien /

Wertungsmatrix) Mindestanforderungen an die Bieter und die max. 3 Referenzprojekte der Bieter / Nachweis zu vergleichbaren Leistungen (§46 Abs. 3 Nr. 1 VgV 2017): a.) Die

Projektbearbeitung/bearbeitete Leistungsphasen aller Referenzprojekte liegt im Zeitraum zwischen 01/2018 und 07/2025 und es wurden Planungsleistungen nach § 53 ff. HOAI 2021 erbracht b.) Alle Referenzprojekte (im Zeitraum nach 01/2018) sind der Kategorie Bauen im Bestand i.S. §2 HOAI 2013 zuzuordnen und es wurden Leistungen der Technischen Ausrüstung (Agr 1 bis 5) nach § 53 HOAI 2021 erbracht. d.) Mind. 1 Referenzprojekt muss eine Brutto-Grundfläche (BGF gem. DIN 277) von ? 300 m2 ausweisen e.) Mind. 1 Referenzprojekt ist als Baudenkmal gemäß Denkmalschutzgesetz eingetragen f.) Durch die Summe der eingereichten Referenzprojekte müssen im Leistungszeitraum zwischen 01/2018 bis 07/2025 alle LPh 2 bis 8 i. S. § 55 HOAI 2021 die Anlagegruppen 1 bis 5 i.S. § 53 HOAI 2021 mindestens einmal nachgewiesen werden. Fertigstellung Lph 8, Übergabe an den Nutzer /Bauherrn (spätestens bis 07/2025) Hinweise: Die Mindestanforderungen a.) bis f.) können kombiniert über ein Referenzprojekt oder einzeln bzw. teilkombiniert über bis zu 3 Referenzprojekte erfüllt werden. g.) Mindestanforderungen an die Referenzprojekte - max. zwei Referenzprojekte des Projektleiters und max. zwei Referenzprojekte des stellvertr. Projektleiters: Die Projektbearbeitung/bearbeitete Leistungsphasen aller Referenzprojekte liegt im Zeitraum zwischen 01/2018 und 07/2025 und es wurden Planungsleistungen nach § 53 ff. HOAI 2021 erbracht. Die als Projektleiter und stellvertretender Projektleiter für die zu vergebende Leistung benannten Personen decken gemeinsam die Fachgebiete HLS und Elektro ab. Bei Bietergemeinschaften sind neben der Eigenerklärung auch die weiteren geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende Erklärungen und Nachweise gemäß § 56 Abs. 2 VgV nachzufordern.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Referenzobjekt 1 und 2 des Projektleiter / Gewichtung gesamt 36%: a) Der Projektleiter war bei dieser Referenz als Projektleiter in den Pos. 4.1 a) oder 4.1 b) (s. Kriterien / Wertungsmatrix) tätig = 5 Punkte / Der Projektleiter war bei dieser Referenz als stellvertr. Projektleiter tätig = 2 Punkte // b) Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um einen Umbau, Modernisierung bzw. Instandsetzung (i.S.d. § 2 HOAI, Abs. 5, 6 und 8) überwiegend (bezogen auf m2 Brutto-Grundfläche) eines Baudenkmals = 5 Punkte bzw. eines Bestandsgebäudes mit mind. Honorarzone III (gem. § 56 HOAI) = 3 Punkte c) Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um ein Projekt mit Wohnnutzung d) Durch den Projektleiter wurden im Zeitraum 01/2018 - 07/2025 folgende Leistungsphasen mit folgenden Anlagegruppen gemäß § 53 und 55 HOAI erbracht: Jede bearbeitete Leistungsphase wird mit 1 Punkt bewertet. Die max. erreichbare Punktzahl beträgt je Referenzprojekt 35 Punkte: Lph 2 bis 8 = 7 Leistungsphasen multipliziert mit 5 Anlagegruppen. Eine darunterliegende Punktzahl (Anzahl Lph x Anzahl AGr) wird durch Interpolation ermittelt (s. HAV_TA_Kriterien_Wertungsmatrix). *** Referenzobjekt 1 und 2 des stellvertr. Projektleiters / Gewichtung gesamt 24%: a) Der stellvertr. Projektleiter war bei dieser Referenz als stellvertr. PL in den Pos. 4.1 a) oder 4.1 b) (s. Kriterien / Wertungsmatrix) tätig = 3 Punkte // Der stellvertr. Projektleiter war bei dieser Referenz als Projektmitarbeiter in den Pos. 4.1 a) oder 4.1 b) (s. Kriterien / Wertungsmatrix) tätig = 1 Punkt b) Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um einen Umbau, Modernisierung bzw. Instandsetzung (i.S.d. § 2 HOAI, Abs. 5, 6 und 8) überwiegend (bezogen auf m2 Brutto-Grundfläche) eines Baudenkmals = 3 Punkte bzw. eines Bestandsgebäudes mit mind. Honorarzone III (gem. § 56 HOAI) = 1 Punkte c) Bei dem Referenzprojekt handelt es sich um ein Projekt mit Wohnnutzung d) Durch den Projektleiter wurden im Zeitraum 01/2018 - 07/2025 folgende Leistungsphasen mit folgenden Anlagegruppen gemäß § 53 und 55 HOAI erbracht: d) Durch den Projektleiter wurden im Zeitraum 01/2018 - 07/2025 folgende Leistungsphasen mit folgenden Anlagegruppen gemäß §

53 und 55 HOAI erbracht: Jede bearbeitete Leistungsphase wird mit 1 Punkt bewertet. Die max. erreichbare Punktzahl beträgt je Referenzprojekt 35 Punkte: Lph 2 bis 8 = 7 Leistungsphasen multipliziert mit 5 Anlagegruppen. Eine darunterliegende Punktzahl (Anzahl Lph x Anzahl AGr) wird durch Interpolation ermittelt (s. HAV_TA_Kriterien_Wertungsmatrix). Bewertung Honorarangebot / Gewichtung: 40% Wertung Gesamt: 100% *** Erfüllen mehrere Bieter gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bieteranzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich der Auftraggeber vor, die Auswahl unter den verbleibenden Bietern gemäß § 75 Abs. 6 VgV durch Los zu treffen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung):

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 22/08/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYTLEH4KED/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYTLEH4KED>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXURYYDYTLEH4KED>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: gemäß Vergabeunterlagen

Frist für den Eingang der Angebote: 12/09/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 25 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: siehe Vergabeunterlagen

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 12/09/2025 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: - 4.3 EU Erklärung

Unteraufträge Eignungsleihe (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): EU - 4.4

EU Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung

vorzulegen): EU - Eigenerklärung EU Sanktionen (mit dem Angebot mittels Eigenerklärung vorzulegen): Eigenerklärung zur Umsetzung der EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine Krieg

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Finanzielle Vereinbarung: gemäß Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 5) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
Registrierungsnummer: DE138408360
Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@spsg.de
Telefon: +493319694-0
Fax: +49 3319694-373
Internetadresse: <https://spsg.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg
Registrierungsnummer: DE138408360
Postanschrift: Allee nach Sanssouci 6
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14471
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@spsg.de
Telefon: +493319694-0
Fax: +49 3319694-373
Internetadresse: <https://spsg.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft, Arbeit und Energie
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabekammer
E-Mail: Vergabekammer@MWAE.Brandenburg.de
Telefon: +49 331866-1719
Fax: +49 331866-1652
Internetadresse: <https://mwae.brandenburg.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

d99db106-c057-4359-ae69-1f0db4bb30df-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

Verschiebung Angebotsöffnungstermin

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Angebotsöffnung: 12.09.2025, 10:00 Uhr

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 8d189939-2082-4aac-aaf5-b119c7d0336c - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 01/09/2025 11:02:25 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 570864-2025

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 167/2025

Datum der Veröffentlichung: 02/09/2025